CHINA

Suche nach Schuldigen

Seit den schweren Unruhen in der Uiguren-Region Xinjiang Anfang des Monats beschwören Chinas Zeitungen und Fernsehsender die „Einheit der Völker“ im Reich der Mitte. Zugleich gehen die Behörden scharf gegen mutmaßliche Hintermänner der Zusammenstöße zwischen muslimischen Uiguren und Han-Chinesen vor, bei denen nach offiziellen Angaben knapp 200 Menschen ihr Leben verloren. Als Schuldigen stuft die KP offenbar auch den uigurischen Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti, 39, ein, er kam wohl inzwischen in Haft. Der Dozent an der Zentralen Universität für Nationalitäten in Peking tritt für politische Reformen ein, gilt aber keineswegs als Befürworter von Gewalt. Tohtis

DIEGO AZUBEL / DPA

Uiguren-Familie, Militär

Web-Seite „Uygurbiz.cn“ ist gesperrt. Im Internet und in Interviews hatte Tohti der Darstellung Pekings widersprochen, verantwortlich für die Gewalt in Xinjiang seien allein Separatisten mit Verbindungen zu al-Qaida. Er sieht eine Ursache der Spannungen in der hohen Arbeitslosigkeit, die besonders die Uiguren trifft, weniger die Han-Chinesen. Er forderte deshalb „gleiche Chancen und gleiche Entwicklung“ für alle Bevölkerungsgruppen, denn „in Bezug auf Freiheit und Demokratie ist die Lage in Xinjiang, verglichen mit anderen Regionen Chinas, die schlechteste der schlechten“. Mehr als 300 Intellektuelle verlangten in einer Petition, den Gelehrten freizulassen.
Indes warnte Peking Rechtsanwälte davor, „Schläger, Brandstifter und Plünderer“ in Xinjiang zu verteidigen. Sie erwarte von den Juristen, die „wahre Natur des Zwischenfalls zu erkennen“ und die „Einheit des Landes zu schützen“.

NOWOSTI / ULLSTEIN BILD

Nato-Kampfjet im kirgisischen Bischkek

ZENTRALASIEN

Rückkehr der Amerikaner

Noch vor kurzem schienen die USA mit der Basis im kirgisischen Bischkek ihren letzten Luftwaffenstützpunkt in den früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken verloren zu haben – jetzt kehrt die Weltmacht in die Region zurück. Für diese überraschende Wende sorgte General David Petraeus, der Chef des US-Zentralkommandos, der die Gegend im Februar bereiste, vorige Woche folgte ihm der stellvertretende Außenminister William Burns. Das Ergebnis der Pendeldiplomatie: Die Amerikaner dürfen für ihren Gütertransport nach Afghanistan künftig den Flughafen der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad und womöglich die frühere Sowjetbasis Mary nutzen; auch das Auftanken ihrer schweren Transporter C-5 und C-17 erlauben die Turkmenen offenbar. Im Gegenzug verpflichtet sich Washington, zahlreiche Energievorhaben und die Erschließung des Schelfs im Kaspischen Meer mitzufinanzieren. Auch Usbekistan kommt den Amerikanern entgegen, dort können sie den Flughafen Nawoi anfliegen. Den größten Durchbruch erzielte Washington aber in Kirgisien: Noch im Februar hatte das dortige Parlament auf russischen Druck hin einen Vertrag gekündigt, wonach die USA den Flughafen Bischkek als wichtigste Drehscheibe für den Verkehr nach Afghanistan nutzen konnten. Im letzten Moment lenkten die Kirgisen nun aber ein. Alles bleibt beim Alten – für mehr Geld: Statt 17 Millionen fallen nun 60 Millionen Dollar als Jahresmiete an, weitere 86 Millionen kassieren die Kirgisen für den Ausbau des Flughafens und die Förderung ihrer Wirtschaft. Das Moskauer Außenministerium bezeichnete den Meinungswandel der Kirgisen als „unangenehme Überraschung“, allein aus eigenem Antrieb ist er aber kaum erfolgt. Da sich die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert, kann Russland gar nicht umhin, der Nato zu helfen – damit seine eigene Südflanke gesichert bleibt. Die amerikanische Transitbasis sei von Nutzen im „gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“, räumte Präsident Dmitrij Medwedew ein. Das hindert Moskau allerdings nicht, eine Entschädigung von Bischkek zu fordern: Bei Osch soll nun auch eine russische Luftwaffenbasis eingerichtet werden; es wäre die zweite in Kirgisien.

ISRAEL

Anklage gegen Lieberman?

Die Ermittlungen gegen Außenminister Avigdor Lieberman wegen Betrugs, Geldwäsche und Untreue stehen kurz vor dem Abschluss. Nach Angaben aus Justizkreisen in Jerusalem will die Polizei der Staatsanwaltschaft empfehlen, Anklage zu erheben. Lieberman steht im Verdacht, er habe auf Zypern Firmen und Scheinfirmen gegründet, um Einkünfte in Höhe von mehreren Millionen israelischer Schekel unversteuert in die eigene Tasche zu schleusen. Zudem soll er in seiner Zeit als Infrastruktur- und später als Transportminister zwischen 2001 und 2004 mehrere hunderttausend US-Dollar an Bestechungsgeldern kassiert

RONEN ZVULUN / REUTERS

Lieberman

haben. Dem Außenminister der Regierung von Benjamin Netanjahu wird auch Behinderung der Justiz vorgeworfen: Er soll die Namen von Scheinfirmen geändert haben, als er von den Ermittlungen erfuhr. Der Minister, der die Vorwürfe bestreitet, wurde mehrmals verhört.